Sitzungsvorlage 173/2017

öffentlich

TOP: Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Kommunalabgabe zur Abwälzung der Abwasserabgabe für Kleineinleiter der Abwasserbeseitigung Weißenfels AöR (Abwälzungssatzung Abw WSF AöR)

Beratungsfolge	Sitzungstag	TOP
Finanzausschuss	27.09.2017	
Stadtrat	19.10.2017	

☐	Einbeziehung des Senioren- und/oder	☐	Behindertenbeirats

Finanzierung:			
Mittel stehen bereit im Budget:	☐ ja	☐ Nein, jedoch	☐ apl ☐ üpl ☐
aus dem lfd. Haushalt: aus VE / Resten:	☐ ☐	Deckung in Budget Nr. aus Produkt: aus SK / USK aus Maßnahme-Nr. Ansatz auf SK noch verfügbar im SK	
KSt: SK: USK:			
Unterschrift Budgetverantwortlicher			
Mitzeichnung im Bedarfsfall:	Unterschrift		
Zustimmung eines anderen Budgetverantwortlichen			
Bestätigung durch Amt Finanzen			

Sachstandsbericht:

1. Textvergleich

<u>Bisherige Fassung</u>	<u>Neufassung</u>
Satzung des Zweckverbandes für Abwasserentsorgung Weißenfels über die Abwälzung der Abwasserabgaben Aufgrund der §§ 6, 8 und 91 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.08.2009 (GVBl. LSA S. 383), zuletzt geändert durch Gesetzes vom 30.11.2011 (GVBl. LSA S. 814), der §§ 4 und 5 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Sachsen-Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.12.1996 (GVBl. LSA S. 405), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 02.02.2011 (GVBl. LSA S. 58), der §§ 9 und 16 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 26.02.1998 (GVBl. LSA S. 81), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 3 des Gesetzes vom 08.02.2011 (GVBl. LSA S. 68, 125), der §§ 6 und 7 des Ausführungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zum Abwasserabgabengesetz vom 25.06.1992 (GVBl. LSA S. 580), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 16.12.2009 (GVBl. LSA S. 708, 715) und der Verbandssatzung vom 12.09.2005, zuletzt geändert am 10.11.2010, hat die Versammlung in ihrer Sitzung vom 13.11.2012 folgende Änderungssatzung beschlossen:	Satzung über die Erhebung einer Kommunalabgabe zur Abwälzung der Abwasserabgabe für Kleineinleiter der Abwasserbeseitigung Weißenfels – Anstalt öffentlichen Rechts (Abwälzungssatzung Abw WSF AÖR) Aufgrund § 2 des Gesetzes über die kommunalen Anstalten des öffentlichen Rechts des Landes Sachsen-Anhalt (AnstG) v. 03.04.2001, zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 17. Juni 2014 (GVBl. LSA S. 288, 339) i. V. m. §§ 3, 9 Nr. 3 Unternehmenssatzung der Abwasserbeseitigung Weißenfels – Anstalt öffentlichen Rechts v. 19.11.2012 (AmtsBl. des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt Nr. 12/2012 v. 18.12.2012, S. 223 und Anlage), zuletzt geändert durch Satzung v. 11.06.2015 (Weißenfelser Amtsblatt Nr. 07/2015, S. 6) i. V. m. §§ 5, 8, 10, 36, 45 und 99 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) v. 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288, 333), der §§ 2, 5, 6 und 8 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KAG-LSA) v. 13.12.1996 (GVBl. LSA 1996, 405), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Juni 2016 (GVBl. LSA S. 202), des Gesetzes über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer (AbwAG) in der Fassung der Bekanntmachung v. 18.01.2005 (BGBl. I S. 114), zuletzt geändert durch Art. 2 Siebte VO zur Änderung der AbwasserVO und des AbwAG v. 01.06.2016 (BGBl. I S. 1290) und des § 7 des Ausführungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zum Abwasserabgabengesetz (AG AbwAG-LSA) v. 25.06.1992 (GVBl. LSA S. 580), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes v. 21.03.2013 (GVBl. LSA S. 116) hat der Stadtrat der Stadt Weißenfels in seiner Sitzung vom ... folgende Neufassung der „Satzung des Zweckverbandes für Abwasserentsorgung Weißenfels über die Abwälzung der Abwasserabgabe“ beschlos-

§ 1 Gegenstand der Abgabe (1) Der Zweckverband für Abwasserentsorgung Weißenfels wälzt die Abwasserabgabe, die er an die Stelle von Direkteinleitern, die im Jahresdurchschnitt weniger als acht Kubikmeter je Tag Schmutzwasser aus Haltungen und ähnliches Schmutzwasser unmittelbar in ein Gewässer oder in den Untergrund einleiten, an das Land Sachsen-Anhalt zu entrichten hat, ab. Hierzu erhebt er nach Maßgabe dieser Satzung eine Abgabe. (2) Eine Einleitung liegt nicht vor, wenn das Schmutzwasser rechtmäßig auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Böden aufgebracht wird. (3) Die Einleitung ist abgabefrei, wenn das Schmutzwasser in einer Abwasserbehandlungsanlage behandelt wird, die mindestens den allgemein anerkannten Regeln der Technik entspricht und der Schlamm einer dafür geeigneten Abwasserbehandlungsanlage zugeführt oder nach Abfallrecht entsorgt wird.	sen: § 1 Gegenstand der Abgabe (1) Die Abwasserbeseitigung Weißenfels – Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) wälzt die Abwasserabgabe, die sie anstelle von Direkteinleitern, die im Jahresdurchschnitt weniger als acht Kubikmeter je Tag Schmutzwasser aus Haltungen und ähnliches Schmutzwasser unmittelbar in ein Gewässer oder in den Untergrund verbringen, an das Land Sachsen-Anhalt zu entrichten hat, ab. Hierzu erhebt sie nach Maßgabe dieser Satzung eine Abgabe. (2) Eine Einleitung im Sinne des Abs. 1 liegt nicht vor, wenn das Schmutzwasser rechtmäßig im Rahmen landbaulicher Bodenbehandlung verbracht wird. (3) Die Einleitung unterliegt nicht der Abgabepflicht, wenn das Schmutzwasser in einer Abwasserbehandlungsanlage behandelt wird, die mindestens den allgemein anerkannten Regeln der Technik entspricht und der Schlamm einer dafür geeigneten Abwasserbehandlungsanlage zugeführt oder nach Abfallrecht entsorgt wird.
§ 2 Abgabepflichtige (1) Abgabepflichtig ist der Eigentümer des Grundstücks, von dem aus Schmutzwasser eingeleitet wird. Wenn ein Erbbaurecht bestellt ist, tritt an dessen Stelle der Erbbauberechtigte. Abgabepflichtige sind außerdem Nießbraucher oder sonstige zur Nutzung des Grundstücks Berechtigte. Mehrere Abgabepflichtige sind Gesamtschuldner. (2) Beim Wechsel des Abgabepflichtigen geht die Abgabepflicht mit Beginn des auf den Übergang	§ 2 Abgabepflichtige (1) Abgabepflichtig ist der Abwassereinleiter. Das ist derjenige, der die tatsächliche Sachherrschaft über die Anlage besitzt und ausübt sowie in der Lage ist, auf das Einleiten aus ihr nach Menge und Beschaffenheit Einfluss zu nehmen. (2) Es wird widerlegbar vermutet, dass der Eigentümer eines Grundstücks

folgenden Kalendervierteljahres auf den neuen Verpflichteten über. Wenn der bisher Verpflichtete die Mitteilung hierüber (§ 8, Ziff.1.) versäumt, so haftet er für die Abgaben, die auf den Zeitraum bis zum Eingang der Mitteilung beim Verband entfallen, neben dem neuen Verpflichteten.	oder, wenn ein Erbbaurecht bestellt ist, der Erbbauberechtigte Einleiter im Sinne des Absatzes 1 ist. Übt der Grundstückseigentümer oder Erbbauberechtigte die tatsächliche Sachherrschaft im Einzelfall nicht aus, ist er verpflichtet, der AöR darüber Mitteilung zu machen, wer die Sachherrschaft über die abgabepflichtige Einleitung ausübt. Mehrere Abgabeschuldner haften als Gesamtschuldner. (3) Beim Wechsel des Abgabepflichtigen geht die Abgabepflicht mit Beginn des auf den Wechsel folgenden Monats auf den neuen Abgabepflichtigen über. Versäumt der bisherige Abgabepflichtige die Mitteilung hierüber, haftet er für die Abgabe, die auf den Zeitraum bis zum Eingang der Mitteilung bei der AöR entfällt, neben dem neuen Abgabenschuldner.
§ 3 Entstehung und Beendigung der Abgabepflicht Die Abgabepflicht für vorhandene Einleitungen entsteht mit Inkrafttreten dieser Satzung und im Übrigen mit dem auf den Beginn der Einleitung folgenden Monatsersten. Die Abgabepflicht erlischt mit dem Letzten des Monats, in dem die Einleitung durch Anschluss des Grundstücks an die zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage des Verbandes beendet wird oder die Einleitung anderweitig wegfällt und der Abgabepflichtige dies dem Verband schriftlich angezeigt hat.	§ 3 Entstehung und Beendigung der Abgabepflicht (1) Die Abgabepflicht für vorhandene Einleitungen entsteht jeweils zu Beginn eines Kalenderjahres, sonst mit dem Ersten des Monats, der auf den Beginn der Einleitung folgt. (2) Die Abgabepflicht erlischt mit dem Letzten des Monats, in dem die Einleitung durch Anschluss des Grundstücks an die zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage beendet wird oder die Einleitung anderweitig wegfällt und der Abgabepflichtige dies der AöR schriftlich angezeigt hat.
	§ 4 Erhebungszeitraum, Entstehen der Abgabeschuld (1) Erhebungszeitraum für diese Abgabe ist das Kalenderjahr und bei Entstehung der Abgabepflicht während eines Kalenderjahres der Restteil des Jahres. (2) Die Abgabeschuld entsteht jeweils mit Ablauf des Erhebungszeitraumes, frühestens jedoch ab dem Zeitpunkt, ab dem die vorab gegenüber der AöR festzusetzende

	Abwasserabgabe gemäß § 10 Abs. 4 Satz 1 AG AbwAG in der jeweils gültigen Fassung fällig geworden ist.
§ 4 Abgabemaßstab und Abgabesatz (1) Die Abgabe wird nach der Zahl der am 30. Juni des Kalenderjahres, für das die Abgabe zu entrichten ist, auf dem Grundstück mit Haupt- oder Nebenwohnsitz behördlich gemeldeten Einwohner berechnet. (2) Der Abgabesatz beträgt je Einwohner 17,90 € für das Kalenderjahr.	§ 5 Abgabemaßstab und Abgabesatz (1) Die Abgabe wird nach der Zahl der auf dem Grundstück wohnenden Einwohner berechnet. Maßgeblich hierfür ist die Zahl der mit Haupt- oder Nebenwohnsitz am 30.06. des Kalenderjahres, für das die Abgabe zu entrichten ist, auf dem Grundstück behördlich gemeldeten Personen. (2) Die Abgabe beträgt je Einwohner und Jahr 17,90 EUR.
§ 5 Veranlagung und Fälligkeit Die Abwasserabgabe wird durch Bescheid festgesetzt und einen Monat nach der Bekanntgabe des Bescheides fällig. Die Abwasserabgabe kann zusammen mit anderen Abgaben angefordert werden.	§ 6 Veranlagung und Fälligkeit Die Abwasserabgabe wird durch Bescheid festgesetzt und einen Monat nach der Bekanntgabe des Bescheides fällig. Die Abwasserabgabe kann zusammen mit anderen Abgaben angefordert werden.
§ 6 Billigkeitsregelung Gemäß § 13a KAG-LSA können Ansprüche aus dem Abgabenschuldverhältnis auf Antrag ganz oder teilweise gestundet werden, wenn die Einziehung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Schuldner bedeuten würde und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet erscheint. Ist deren Einziehung nach Lage des Einzelfalles unbillig, können sie ganz oder teilweise erlassen werden. Für die Verwirklichung, die Fälligkeit und das Erlöschen von Ansprüchen aus dem Abgabenschuldverhältnis gelten die §§ 218-223, 224 Abs. 1 und Abs. 2, §§ 225, 226, 227 Abs. 1, §§ 228-232 der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung entsprechend. Der Antrag auf eine Billigkeitsmaßnahme ist begründet beim ZAW einzureichen. Die Entscheidung darüber obliegt der Einzelfallprüfung durch den ZAW.	§ 7 Billigkeitsregelung Gemäß § 13a Abs. 1 KAG-LSA können Ansprüche aus dem Abgabenschuldverhältnis auf Antrag ganz oder teilweise gestundet werden, wenn die Einziehung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Schuldner bedeuten würde und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet erscheint. Ist deren Einziehung nach Lage des Einzelfalles unbillig, können sie ganz oder teilweise erlassen werden. Für die Verwirklichung, die Fälligkeit und das Erlöschen von Ansprüchen aus dem Abgabenschuldverhältnis gelten die §§ 218-223, 224 Abs. 1 und Abs. 2, §§ 225, 226, 227 Abs. 1, §§ 228 bis 232 der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung entsprechend. Billigkeitsmaßnahmen sind vom Abgabenschuldner schriftlich oder zur Niederschrift bei der AöR zu beantragen. Der Antrag muss begründet werden.

§ 7 Auskunfts- und Duldungspflicht (1) Die Abgabepflichtigen und ihre Vertreter haben dem Verband jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung der Abgaben erforderlich ist. (2) Der Verband kann an Ort und Stelle ermitteln. Die nach Ziff. 1.) zur Auskunft verpflichteten Personen haben dies zu ermöglichen und in dem erforderlichen Umfang zu helfen.	§ 8 Auskunfts- und Duldungspflicht (1) Die Abgabepflichtigen und ihre Vertreter haben der AöR jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung der Abgaben erforderlich ist. (2) Die AöR kann an Ort und Stelle ermitteln. Die nach Absatz 1 zur Auskunft verpflichteten Personen haben dies zu ermöglichen, zu dulden und soweit möglich die Ermittlungen zu unterstützen.
§ 8 Anzeigepflicht (1) Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück ist dem Verband sowohl vom Veräußerer als auch vom Erwerber innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen. (2) Sind auf dem Grundstück Anlagen vorhanden, die die Berechnung der Abgaben beeinflussen, so hat der Abgabepflichtige dies unverzüglich dem Verband schriftlich anzuzeigen. Dieselbe Verpflichtung besteht für ihn, wenn solche Anlagen neu geschaffen, geändert oder beseitigt werden.	§ 9 Anzeigepflicht (1) Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse das Eigentum oder die Nutzung des Grundstücks betreffend ist der AöR sowohl vom Veräußerer als auch vom Erwerber sowie vom bisherigen Nutzer als auch vom neuen Nutzer innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen. (2) Sind auf dem Grundstück Anlagen vorhanden, die die Berechnung der Abgaben beeinflussen, so hat der Abgabepflichtige dies unverzüglich dem Verband schriftlich anzuzeigen. Dieselbe Verpflichtung besteht für ihn, wenn solche Anlagen neu geschaffen, geändert oder beseitigt werden.
§ 9 Datenverarbeitung (1) Zur Feststellung der sich aus dieser Satzung ergebenden Abgabepflichten sowie zur Festsetzung und Erhebung dieser Abgaben ist die Verarbeitung (§ Abs. 3 DSG-LSA) der hierfür erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten gemäß §§ 9 und 10 DSG-LSA (Vor- und Zuname der Abgabepflichtigen und deren Anschriften; Grundstücks- und Grundbuchbezeichnung) durch den Verband zulässig. (2) Der Verband darf die für Zwecke der Grundsteuer, des Liegenschaftsbuches und des Melderechts bekanntgewordenen personen- und grundstücksbezogenen Daten für die in Ziff. 1.) genannten Zwecke nutzen und sich die Daten	§ 10 Datenverarbeitung (1) Zur Feststellung der sich aus dieser Satzung ergebenden Abgabepflichten sowie zur Festsetzung und Erhebung dieser Abgaben ist die Verarbeitung und die Nutzung der hierfür erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten gemäß §§ 9 und 10 DSG-LSA (Vor- und Zuname der Abgabepflichtigen und deren Anschriften; Grundstücks- und Grundbuchbezeichnung) durch die AöR zulässig. (2) Die AöR darf die für Zwecke der Grundsteuer, des Liegenschaftsbuches und des Melderechts bekannt-

von den entsprechenden Ämtern (Finanz- und Steuer-, Liegenschafts-, Einwohnermelde- und Grundbuchamt) übermitteln lassen, was auch im Wege automatischer Abrufverfahren erfolgen kann.	gewordenen personen- und grundstücksbezogenen Daten für die in Absatz 1 genannten Zwecke nutzen und sich die Daten von den entsprechenden Ämtern (Finanz- und Steuer-, Liegenschafts-, Einwohnermelde- und Grundbuchamt) übermitteln lassen, was auch im Wege automatischer Abrufverfahren erfolgen kann. (3) Die AöR ist berechtigt, mit dem Wasserversorger Verträge abzuschließen, die die sichere Bereitstellung der Trinkwasserverbrauchsdaten an die AöR als Grundlage für die Berechnung der Abgabe und als Grundlage für die Durchführung des Verfahrens, in dem das Land die Abwasserabgabe gegenüber der AöR festsetzt, gewährt.
§ 10 Ordnungswidrigkeiten Zuwiderhandlungen gegen § 8 dieser Satzung sind Ordnungswidrigkeiten i.S.v. § 16 Abs. 2 Nr. 2 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10.000,00 € geahndet werden.	§ 11 Ordnungswidrigkeiten (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 16 Abs. 2 Nr. 2 KAG-LSA handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig 1. entgegen § 8 Abs. 1 die erforderlichen Auskünfte nicht erteilt oder 2. entgegen § 8 Abs. 2 die Ermittlungen vor Ort nicht zulässt und duldet und es dadurch ermöglicht, Abgaben zu verkürzen oder nicht gerechtfertigte Abgabenvorteile zu erlangen (Abgabengefährdung). (2) Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 16 Abs. 3 KAG-LSA mit einer Geldbuße bis zu 10.000 EUR geahndet werden.
§ 11 Anwendung des Kommunalabgabengesetzes Auf die Abgabe sind die Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes anzuwenden, soweit nicht diese Satzung besondere Bestimmungen enthält.	§ 12 Anwendung des Kommunalabgabengesetzes Auf die Abgabe sind die Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes anzuwenden, soweit nicht diese Satzung besondere Bestimmungen enthält.

§ 12 Inkrafttreten Diese Abgabensatzung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.	§ 13 Inkrafttreten Diese Satzung ersetzt die Satzung des Zweckverbandes für Abwasserentsorgung Weißenfels über die Abwägung der Abwasserabgaben, zuletzt geändert am 13.11.2012, die gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 3 der Unternehmenssatzung der AöR vom 15.11.2012, zuletzt geändert durch Satzung v. 11.06.2015 als Satzung der AöR fortgegolten hat. Sie tritt rückwirkend zum 01.01.2012 in Kraft.

2. Erläuterung

Der Landesgesetzgeber hat auf Grundlage des § 9 Abs. 2 S. 2 des Gesetzes über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in ein Gewässer (AbwAG) gem. § 7 Abs. 2 und Abs. 3 des Ausführungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zum Abwasserabgabengesetz (AG AbwAG) bestimmt, dass juristische Personen des öffentlichen Rechts, denen die Gemeinde die Aufgabe der Abwasserbeseitigung übertragen hat, die gegen sie an Stelle von Abwassereinleitern, die weniger als acht Kubikmeter je Tag Schmutzwasser aus Haushaltungen und ähnliches Schmutzwasser einleiten, erhobene Abwasserabgabe auf die Abwassereinleiter abwälzen. Dazu bedarf es einer entsprechenden satzungsrechtlichen Grundlage.

Die gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 3 der Unternehmenssatzung der AöR vom 15.11.2012, zuletzt geändert durch Satzung v. 11.06.2015, als Satzung der AöR fortgeltende Satzung des Zweckverbandes für Abwasserentsorgung Weißenfels über die Abwägung der Abwasserabgaben hat diverse inhaltliche Schwächen und ist deshalb insoweit unwirksam. Zum einen bestimmt sie mit dem „Eigentümer des Grundstücks“ nicht den richtigen Abgabepflichtigen und hält dadurch nicht die Anforderungen hinsichtlich des gem. § 2 Abs. 1 S. 2 KAG-LSA erforderlichen Mindestinhalts der Satzung ein. Die Abwasserabgabe darf gem. § 7 Abs. 2 AG AbwAG nämlich nur auf die „Abwassereinleiter“ i. S. d. § 9 Abs. 1 AbwAG abgewälzt werden. Kennzeichnend für den Einleiter ist, dass er die tatsächliche Sachherrschaft ausübt und deshalb in der Lage ist, auf die Qualität und die Beschaffenheit des Abwassers Einfluss zu nehmen (vgl. auch den Regelungszweck der Abwasserabgabe, Anreiz zur Schadstoffminimierung zu geben). Das Eigentum an einem Grundstück bzw. an der darauf befindlichen Abwasseranlage sagt für sich genommen nichts über die Person des Einleiters aus. Das Eigentum am Grundstück oder die Erbbauberechtigung stellen deshalb lediglich ein Indiz für die Möglichkeit dar, bezüglich einer Sache auch Herrschaftsrechte auszuüben. Für das Einleiten maßgeblich ist mithin die Sachherrschaft (VG Halle, Urt. v. 01.04.2004 – 5 A 544/02, juris Rz. 17; Urt. v. 09.10.2009 – 4 A 91/09, juris Rz. 17), die zwar häufig, aber nicht in jedem Fall mit dem Ei-

gentum/der Erbbauberechtigung zusammenfällt. Es gilt deshalb lediglich als widerlegbare Vermutung, dass der Eigentümer bzw., wenn ein Erbbaurecht bestellt ist, der Erbbauberechtigte auch Inhaber der tatsächlichen Sachherrschaft ist.

Der bisherigen Satzung fehlt darüber hinaus eine Regelung über den Erhebungszeitraum. Denn die Abgabepflicht gem. § 3 bestimmt nur den Zeitraum für das Bestehen des abstrakten Abgabeschuldverhältnisses. Bei Abgaben, die für bestimmte Zeitintervalle erhoben werden, bedarf es darüber hinaus der Festlegung des Zeitintervalls, für welches die Abgabe jeweils anfallen soll (VG Halle, Urt. v. 09.10.2009 – 4 A 91/09, juris Rz. 18; ähnlich Lichtenfels, in: Driehaus, Stand März 2017, § 6 Rz. 721a).

Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, die grundlegend überarbeitete Satzung neuzufassen und rückwirkend in Kraft zu setzen. Nur so kann eine wirksame Satzung geschaffen werden, deren zeitlicher Geltungsbereich sich auf den Erhebungszeitraum ab 01.01.2012, für den im Jahr 2014 die Abwasserabgabe gegenüber der AöR festgesetzt wurde, erstreckt. Da die Kleineinleiter seit Inkrafttreten des AbwAG 1993 damit rechnen müssen, dass Kleineinleiterabgaben nach Maßgabe einer kommunalen Abwägungssatzung erhoben werden, kann die Abwägungssatzung rückwirkend – heilend – in Kraft gesetzt werden (vgl. VG Halle, Urt. v. 26.02.2009 – 4 A 6/09, juris Rz. 18f.).

Die Vorberatungszuständigkeit des Finanzausschuss beruht auf § 14 Abs. 4 Hauptsatzung, wonach der Finanzausschuss alle Verhandlungsgegenstände i.S.d. § 45 Abs. 2 Ziffer 5,6,7 KVG LSA vorberät, wozu u. a. die Festsetzung allgemein geltender öffentlicher Abgaben und Entgelte gehört.

Die Entscheidungszuständigkeit des Stadtrates ergibt sich aus § 45 Abs. 2 Ziffer 6 KVG LSA.

Risch
Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt die Satzung über die Erhebung einer Kommunalabgabe zur Abwägung der Abwasserabgabe für Kleineinleiter der Abwasserbeseitigung Weißenfels – Anstalt öffentlichen Rechts (Abw WSF AöR) (Neufassung) (Anlage).

Risch
Oberbürgermeister

Anlagen:

- Neufassung Abwägungssatzung